



## Kirche und Pfarrer erneut unter Druck

Noch vor eineinhalb Jahren konnte sich die Kantonsregierung nicht vorstellen, am Verhältnis von Kirche und Staat zu rütteln. Nun ist sie bereit, sich einer Diskussion, wenn auch einer sanften, zu stellen.

### Mireille Guggenbühler

Vor eineinhalb Jahren stand Adrian Wüthrich ziemlich allein da. Der SP-Grossrat aus Huttwil forderte in einer Motion den Regierungsrat dazu auf, umfassend darzulegen, ob die Pfarrer im Kanton Bern anstatt wie bisher über die Staatssteuern nicht auch über die Kirchensteuer entlohnt werden könnten. Denn, so Wüthrichs Argumentation damals, damit liesse sich der angespannte Berner Staatshaushalt um rund 70 Millionen Franken entlasten. Das Kantonsparlament allerdings, das fand kein Gehör für Wüthrichs Vorschlag: Mit 128:15 Stimmen wurde die Motion abgelehnt. Unterstützt hatten den Vorstoss nur die Mehrheit der Fraktion der Grünliberalen sowie eine Minderheit der FDP-Fraktion. Abgelehnt hatten die Parteien den Vorstoss unter anderem unisono mit demselben Argument: Die Kirche leiste viel soziale Arbeit in den Gemeinden. Werde nun am Verhältnis zwischen Kirche und Staat gerüttelt, sei diese Arbeit gefährdet.

Nun liegen erneut zwei Vorstösse vor, die Bewegung in dieses Verhältnis zwischen Kirche und Staat bringen sollen. Diesmal stammen die Vorstösse aus dem Lager, aus welchem Wüthrich damals Unterstützung erhalten hatte. Und sie zielen darauf ab, die staatliche Besoldungspflicht für Pfarrer noch einmal neu zu betrachten. Dies vor dem Hintergrund des frisch geschnürten Sparpakets des Kantons Bern.

### Die direkte Forderung

GLP-Grossrätin Franziska Schöni-Affolter fordert in einer ihrer zwei Motionen, die Besoldung der Geistlichen den einzelnen Kirchgemeinden zu übertragen und nur noch jene Leistungen staatlich zu entgelten, welche Pfarrpersonen zugunsten der Allgemeinheit erbringen. In der anderen Motion fordert sie den Regierungsrat dazu auf, die garantierte Mindestanstellung für Pfarrpersonen von 60 Prozent nach unten anzupassen, da vor allem kleinere reformierte Kirchgemein-

den bezüglich Pfarrstellenprozente massiv überdotiert seien.

Mit ihren Vorschlägen appelliert die grünliberale Grossrätin in gewisser Weise an den sozialpolitischen Auftrag, den sich die Kirchen selber zuschreiben, ja, sie appelliert gar etwas an die Moral und das ethische Verständnis derselben: Mit dem eingesparten Beitrag der Pfarrstellenprozente, heisst es nämlich in der Motion, könnten die im neusten Sparpaket vorgesehenen Kürzungen im Behindertenbereich reduziert werden. Denn es sei stossend, «dass die Regierung die Kirchen von den allgemeinen Sparanstrengungen ausnimmt».

Im Gegensatz zu Wüthrichs Vorstoss vor eineinhalb Jahren kommen die beiden GLP-Motionen zu einer Zeit, in welcher die aktuell schwierige Finanzlage des Kantons Bern bald Thema sein wird im Grossen Rat. Im November wird das Kantonsparlament über die Angebots- und Strukturüberprüfung 2014 (ASP 2014) befinden. Im Bericht zur ASP 2014 stellt der Regierungsrat nun in Aussicht, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat ausführlich schriftlich erörtern zu wollen. In diesem Bericht sollen Konsequenzen aufgezeigt werden, die sich aus einer Änderung des Verhältnisses von Kirche und Staat ergeben.

### Der sanfte Weg

Dieser Bericht ist die sanfte Version des Versuchs, das bernische Verhältnis von Kirche und Staat zu beleuchten und mit den Kirchen über deren Zukunft zu diskutieren. Denn der Widerstand gegen jegliche Veränderung des bisherigen Verhältnisses zwischen Kirche und Staat ist gross - dies zeigt sich auch an den Reaktionen auf die erneuten Versuche, diese Diskussion mittels politischer Vorstösse beschleunigen zu wollen. Der Kirchgemeindevorstand des Kantons Bern etwa hält unmissverständlich fest, dass mit den beiden Motionen «die Ansprüche der Kirchgemeinden auf ein nicht mehr akzeptierbares Mass einge-

schränkt werden». Dies, nachdem die Pfarrstellen der drei bernischen Landeskirchen bereits um circa 10 Prozent abgebaut worden seien.

Dennoch: Der Regierungsrat stellt sich diesmal, im Gegensatz zur Diskussion vor eineinhalb Jahren, nicht gänzlich gegen das Anliegen, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat allenfalls neu zu regeln. Er erklärt sich bereit dazu, die Forderungen der Motionen als mögliche Szenarien im Bericht zu prüfen, und will diese deshalb in der unverbindlicheren Form eines Postulats entgegennehmen. Allerdings nicht ohne zu warnen, dass die Ablösung der staatlichen Besoldungspflicht «den Widerstand der Kirchen wecken» und damit «den Religionsfrieden gefährden» könnte.

Datum: 29.10.2013

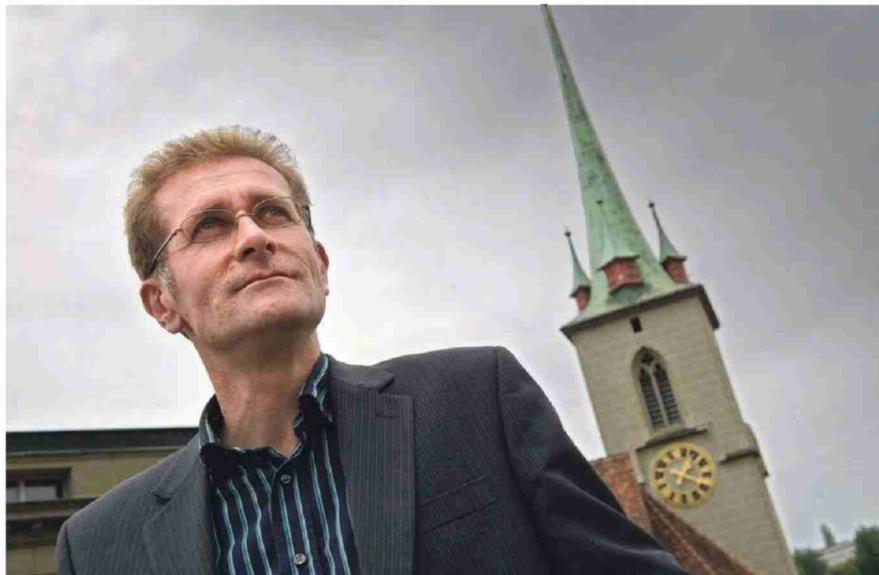
# Der Bund



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 49'725  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1  
Abo-Nr.: 1084726  
Seite: 25  
Fläche: 38'203 mm<sup>2</sup>



Kirchendirektor Christoph Neuhaus scheute bisher die Diskussion. Foto: Adrian Moser

## Bern

## Kantonales Sparpaket ASP

## «Schwergewichtige» Korrekturen

Die Finanzkommission des Kantonsparlaments verschont Behinderte und Alte vor Sparopfern. Dafür trifft es andere: Schulkinder, Psychiatriepatienten, Prämienzahler, Pfarrer – und auch Regierungsräte.

## Dölf Barben

Die Mitglieder der Finanzkommission (Fiko) des Grossen Rates haben sich tief über das Sparpaket des Regierungsrats gebeugt. Gestern präsentierten drei von ihnen das Ergebnis ihrer Arbeit: Die Sparmassnahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP), mit der die Staatskasse jährlich um gegen 500 Millionen Franken entlastet werden soll, werden von der Fiko weitgehend als «tauglich» erachtet. Drei «Schwergewichtskorrekturen» hat diese jedoch vorgenommen, wie Kommissionsmitglied Mathias Tromp (BDP) es ausdrückte: Im Alters- und Behindertenbereich sollen zwei Regierungsmassnahmen nicht umgesetzt werden, bei der Spitex wird eine herausgebrochen. Der «Preis» dieser Korrekturen: 32,9 Millionen Franken.

Damit hat die Fiko dort Veränderungen vorgenommen, wo der Protest am lautesten war und wo eine Reaktion erwartet wurde («Bund» vom Samstag). Über 15 Millionen bei den erwachsenen Behinderten einzusparen, sei «nicht verantwortbar», sagte Tromp, ebenso wie eine Kürzung der Betriebs- und Infrastrukturbeiträge bei Heimen.

## Fiko mit eigenen Vorschlägen

Im Gegenzug hat die Fiko Ersatzmassnahmen ins Paket gepackt – jedoch nur im «Wert» von 27,9 Millionen Franken (siehe Tabelle). Der Überschuss im Budget 2014, der bisher bei 6 Millionen liegt, reduziert sich damit auf eine Million Franken. Die wichtigsten Massnahmen sind:

- **Psychiatrie:** Ein Klinikaufenthalt wird dann nicht mehr mitfinanziert, wenn eine Person nicht «spitalbedürftig» ist.
- **Volksschule:** Die durchschnittliche Zahl der Kinder in Klassen soll sich von 19,2 auf 19,7 erhöhen (Artikel unten).
- **Krankenkassen:** Bei den Prämienverbilligungen sieht die Fiko zusätzliche Einsparungen vor. Zu jenen des Regierungsrats (20, später 30 Millionen) kommen gut 4 Millionen Franken dazu. Nach wie vor könne jeder fünfte Berner auf Verbilligungen zählen, sagte Tromp.

Bisher sahen die ASP-Spielregeln so aus: Jede Massnahme, die der Grosse Rat aus dem regierungsrätlichen Sparpaket lösen will, muss er durch eine andere aus dem sogenannten Topf 2 ersetzen. In diesem Topf, der schon als Giftschrank bezeichnet wurde, befinden sich Massnahmen, die der Regierungsrat prüfte und als politisch unverantwort-



Leere Staatskasse, volle Schulzimmer: Die Schulkinder sollen aus Spargründen zusammenrücken. Foto: Marcel Bieri (Archivbild)

bar einstuft. Die Fiko hat sich nun nicht ganz an diese Regel gehalten, wie Kommissionspräsident Jürg Iseli (SVP) sagte. Sie habe selber eine politische Beurteilung vorgenommen und schlage auch neue Massnahmen vor. Am brisantesten sind die 2 Millionen Franken, die bei den Pfarrerlöhnen weggeknappt werden. Diese Löhne bezahlt der Kanton (rund 70 Millionen). Man sei sich des traditionellen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im Kanton Bern bewusst, sagte Tromp, «aber einfach die Kirchen vom Sparen ausklammern, das geht nicht».

## Egger, Käser müssen nachbessern

Bemerkenswert ist zudem, wie die Fiko der Baudirektion von Regierungsrätin Barbara Egger eine Spezialsparrunde von über 6 Millionen Franken verpasst – bei den Liegenschaften und beim Direktionsaldo. Die Begründung lautet lapidar, ihre Direktion habe vergleichsweise wenig zur ASP beigetragen. Barbara Eg-

ger ist darüber alles andere als erfreut: Dies sei ein Abbau von mehr als 20 Prozent in der laufenden Rechnung. Eine solche Kürzung habe nichts mehr mit der ASP zu tun. Für sie sei das unverständlich und nicht seriös. «sehr willkürlich und nicht seriös». Genauso schlimm seien die Massnahmen bei den Investitionen (ausserhalb der ASP) – die Fiko beantragt eine Kürzung von 640 auf 610 Millionen. Dies sei aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht mehr verantwortbar.

Pikant ist auch, wie die Fiko mit den Vorschlägen des Polizeidirektors umgeht: Hans-Jürg Käser hatte als alleinige Massnahme den Abbau von 100 Polizeistellen angeboten. Nun verlangt die Fiko, am Sparvolumen von knapp 13 Millionen Franken sei festzuhalten, es gehe aber nicht an, allein bei den Polizisten zu sparen. Zumal es bei diesem Abbau eigentlich «nur» um 16 Stellen gehe, da er mit dem geplanten Ausbau verrechnet werde. Die Fiko verknüpft Käser nun

dazu, auch die übrigen Ämter der Direktion ins Sparen einzubeziehen.

## Minderheit blieb chancenlos

Die Anträge der Fiko werden in der bevorstehenden Grossratssession behandelt. Da die Kommission von der Zusammensetzung her ein Abbild des Parlaments darstellt, kommen sie wahrscheinlich durch. Daran dürfte auch die Haltung der rot-grünen Kommissionsminderheit nicht viel ändern. Diese wurde von Béatrice Stucki (SP) vertreten. Die Fiko-Minderheit – vorab SP und Grüne – lehne die Mehrzahl der Massnahmen ab, weil sie vorab auf die Kernbereiche der Linken zielte. Dass die ASP fast nur auf der Ausgabenseite ansetze, sei nicht nur störend, «sondern schlicht falsch». Die Steuersenkungen der bürgerlichen Grossratsmehrheit hätten massgeblich zum strukturellen Defizit beigetragen. Die Fiko-Minderheit favorisiere deshalb eine «zeitlich befristete» Steuererhöhung.

## Bildungsbereich

## Etwa 120 Klassen müssten geschlossen werden

Die Umschichtung der Sparmassnahmen wird von der Lehrerorganisation Lebe bekämpft.

## Simon Wälti

Dass die Finanzkommission die umstrittenen Sparmassnahmen im Behindertenbereich nicht umsetzen will, stösst bei betroffenen Organisationen auf Zustimmung. Socialbern, der Verband sozialer Institutionen im Kanton Bern, schreibt, dies sei «der Weg in die richtige Richtung». Man werde bis zur Novembersonne die Vorschläge des Regierungsrates weiterhin «mit aller Entschiedenheit» bekämpfen. Ähnlich äussert sich die Organisation Insieme, die sich für Menschen mit einer geistigen Behinderung einsetzt. Sie wertet den Beschluss der Finanzkommission als «positives Signal».

Demgegenüber ist der Lehrerberufsverband Lebe alles andere als erbaut. Er verurteilt die vorgesehene Umlagerung der Sparmassnahmen zur Bildung «aufs Schärfste». Neben den Abbaumassnahmen bei den Gymnasien und der Berufsbildung werde nun auch die Volksschule durch Klassenschliessungen geschwächt, erklärt Christoph Michel von Lebe. «Etwa 120 Klassen im Kanton Bern müssten

durch die Erhöhung der Klassengrösse geschlossen werden.» Die Massnahmen im Bildungsbereich führten zu einem Abbau von über 300 Stellen. «Weil an einer Klasse mehrere Personen unterrichten, wären gegen 1000 Lehrkräfte betroffen», so Michel.

## Gegen 500 kleine Klassen

Gemäss Regierungsrat befinden sich im Kanton Bern 477 von gesamthaft 4236 Regelklassen im unteren Überprüfungs-bereich. Bei einer Klasse mit einem Jahrgang sind dies 15 Schüler oder weniger. In den Jahren 2008 bis 2012 wurde die durchschnittliche Klassengrösse von 17,81 auf 18,48 Schüler erhöht, aktuell wird eine zusätzliche Erhöhung auf 19,2 Schüler umgesetzt. Mit der von der Finanzkommission beantragten Massnahme käme eine weitere Erhöhung auf 19,7 Schüler hinzu.

Die Frage stellt sich, in welchen Gemeinden Klassen geschlossen werden müssten. 132 der 477 Klassen mit 15 oder weniger Schülern befinden sich in städtischen Ortschaften mit über 10 000 Einwohnern, die anderen 345 in ländlichen Gemeinden. Christoph Michel von Lebe geht davon aus, dass in bevölkerungsreichen Gemeinden eher die Chance besteht, kleine Klassen durch Klassen mit überdurchschnittlichen Schülerzahlen

zu kompensieren. Gerade Schul- und Gemeindebehörden in ländlichen Gebieten müssten «unter Zwang unpopuläre Klassen- oder Schulhausschliessungen umsetzen». Lebe will nicht hinnehmen, dass der Bildungsbereich zum Opfer in einem «unschönen Verteilungskampf» wird. «Wir werden es nicht bei der Rhetorik belassen», verspricht Michel.

## LWB geraten ins Visier

Eine weitere Massnahme im Bildungsbereich ist die Aufgabe der Lehrerbildung an der NMS Bern. Einschneidend würden sich die Anträge auch für die Gartenbauschule Oeschberg und die Lehrwerkstätten Bern (LWB) auswirken. Das Führen einer Gartenbauschule gehöre nicht zu den Kernaufgaben eines Kantons, schreibt die Finanzkommission. Bei den Lehrwerkstätten heisst es, der Lehrstellenmarkt habe sich beruhigt.

Für Alfred Marthaler, Präsident des Schulrats der LWB, ist der Entscheid bitter. Dieser würde zur Schliessung des Standorts im Gewerbepark Felsenau führen. Rund 30 Mitarbeitende sind laut Marthaler betroffen. Insgesamt werden an den LWB rund 500 Lernende ausgebildet. Die Institution, die in diesem Jahr ihr 125-Jahr-Jubiläum feierte, ermöglicht Jugendlichen mit schwächeren Schulleistungen den Einstieg ins Berufsleben.

## Parteien

## Grosse Bandbreite an Reaktionen

In einem Punkt sind sich die Parteien von links bis rechts mehr oder weniger einig: Es ist richtig, dass die Finanzkommission die Sparmassnahmen im Behindertenbereich aus dem ASP-Paket herausbrechen will. Danach endet aber die Einigkeit. Vor allem SP und Grüne kritisieren die geplanten Abbaumassnahmen in der Bildung stark. Diese seien «inakzeptabel», schreibt zum Beispiel die SP. Die Grünen bezeichnen zudem den Abbau bei den Prämienverbilligungen als «unverständlich». Auch die EVP unterstreicht die «schwerwiegenden Nachteile» der Kompensationen.

Die SVP fordert «dringend zusätzliche Massnahmen auf der Ausgabenseite». Der Kanton verfüge weiter über «eine Fülle von Angeboten» im Bereich «Nice-to-have». Die BDP will mithelfen, dass die Sparmassnahmen «sozialverträglicher» gestaltet werden. Die FDP spricht sich, wie auch die BDP, gegen eine zeitlich befristete Steuererhöhung aus. Entsprechende Anträge werde man «konsequent ablehnen». Die GLP stellt «mit Freude» fest, dass ihr Vorschlag für einen Sparbeitrag «aus der überdotierten Pfarrversorgung in Kleinstkirchengemeinden» von der Finanzkommission übernommen wurde. (wal)

## Kommentar

Dölf Barben

## Wer lautstark protestierte, hat gewonnen

Den ganzen Sommer über sorgte es für Gesprächsstoff. Nun hat das 500-Millionen-Sparpaket namens Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) seine endgültige Form vor der Beratung im Grossen Rat angenommen. Was sich da präsentiert, erstaunt nicht sonderlich: Zum einen ist es kein Herzenspaket des rot-grünen Regierungsrats. Dieser war durch den bürgerlichen Grossen Rat über mehrere Jahre hinweg zunehmend in die Defensive gedrängt worden und konnte – aufgrund von Steuersenkungen und mehreren negativen Faktoren – nicht mehr umhin, umfangreiche Sparmassnahmen vorzulegen. Dabei ging er aber extrem technokratisch vor und orientierte sich fast ausschliesslich an den Durchschnittswerten der anderen Kantone. Strategisches Sparen, das sich an rot-grünen Prioritäten orientiert hätte, wäre sowieso chancenlos geblieben.

Wie eine Ironie des Schicksals mutet es jetzt an, wenn die von den bürgerlichen Parteien dominierte Finanzkommission Sparmassnahmen ausgerechnet im Behindertenbereich und bei der Spitex rückgängig macht. Es ist, als ob der Regierungsrat von einer Position zurückgepfiffen würde, auf die er sich von sich aus niemals begeben hätte.

Unschön an der ganzen Geschichte ist aber, dass nun vor allem in jenen Bereichen Korrekturen angebracht werden, aus denen die kräftigsten Proteste zu vernehmen waren. Auf der Strecke bleiben dabei zuerst jene Bürgerinnen und Bürger, die über keine lautstarke Lobby verfügen. Zum Beispiel all jene, die bisher von Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen profitierten. Dabei handelt es sich um Tausende von Bernerinnen und Bernern, die künftig zum Teil mehrere Hundert Franken pro Monat mehr bezahlen müssen.

Schliesslich darf eines nicht unterschätzt werden: Das ASP-Paket dürfte mehrere Massnahmen enthalten, bei denen sich erst mit der Zeit zeigen wird, welche Tragweite sie tatsächlich haben. Die Einsparung bei den Pfarrerlöhnen etwa befeuert eine sehr schwierige Grundsatzdiskussion, die eben erst begonnen hat.

## Was die Fiko änderte

Raus aus dem Sparpaket	Mio. Fr.
Kürzung der Beiträge an Heime für erwachsene Behinderte	12.7
Ergänzungsleistungen: Reduktion der Tarife an die Infrastrukturkosten von Heimen	15.0
Kürzung pflegerische Leistungen Spitex	5.2
<b>Total</b>	<b>32.9</b>

## Rein ins Sparpaket

Psychiatrie: keine Mitfinanzierung Aufenthalt nicht spitalbedürftiger Personen	6.6
Weiteres Sparen bei Prämienverbilligung	4.3
Grössere Schulklassen	4.5
Keine Beiträge an Neue Mittelschule Bern	0.5
Kürzung bei den Pfarrerlöhnen	2.0
Kürzung Betrieb der Liegenschaften	3.3
Kürzung Saldo Direktion Egger	3.3
Tiefere Beteiligung Langzeitpflege	3.4
<b>Total</b>	<b>27.9</b>



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 49'725  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1  
Abo-Nr.: 1084726  
Seite: 18  
Fläche: 58'880 mm<sup>2</sup>



«Bund»-Redaktor Markus Dütschler, Saïda Keller-Messahli, Michael Graf und Michael Köpfl (v.l. n. r.) im Gespräch über Gott und die Welt. Foto: Adrian Moser

# Religion: Kitt oder Spaltpilz?

Die Frage nach der gesellschaftlichen Rolle der Religion zieht sich durch die ganze Geschichte der Menschheit. Auch am gestrigen «Bund»-Gespräch in Bern prallten kontroverse Meinungen aufeinander.

**Sebastian Meier**

«Nun sag, wie hast du mit der Religion?», fragte Gretchen bei Goethe den Dr. Faustus. Zwei Jahrhunderte später scheint die Frage des Mädchens kaum an Sprengkraft verloren zu haben. Auch in der Schweiz ist die Diskussion über den Platz der Religionen in unserer Gesellschaft in den letzten Jahren immer wieder aufgeflammt - an Minaretten, Kopftüchern, Kreuzen in Schulzimmern oder staatlich bezahlten Pfarrern. «Bund»-Redaktor Markus Dütschler stellte deshalb gestern im Berner Kornhausforum die Gretchen-Frage erneut. Saïda Keller-Messahli, Präsidentin des Forums für einen fortschrittlichen Islam, Michael Köpfl, GLP-Stadtrat und Vorstandsmitglied der Berner Freidenker und Michael Graf, reformierter Pfarrer von Kirchlindach, gaben ihre Antworten.

## Die Dominanz der Symbole

«Es gibt keine Stelle im Koran, welche der Frau die Verhüllung vorschreibt», relativierte Keller-Messahli die Diskussion um eines dieser kontroversen Symbole. Folglich sei es weder förderlich noch legitim, mit diesem Unbehagen die Ablehnung einer ganzen Weltreligion zu begründen. Mit der Fokussierung auf

einzelne «Schauergeschichten» sei letztlich keinem gedient. Nicht nur, dass dadurch der Blick auf die «zivilisatorische Leistung» des Islams verunmöglicht werde. Auch an den Interessen der grossen Mehrheit der Muslime in der Schweiz ginge diese Diskussion vorbei. «Die Bedürfnisse der überwältigenden Mehrheit der 400 000 Muslime in der Schweiz sind nicht in erster Linie religiöser Natur.» Vielmehr ginge es für sie um diesel-

ben Fragen, welche Christen, Atheisten und Hindus gleichermassen beschäftigen - nämlich Teilhabe an der Gesellschaft, Existenzsicherung oder persönlicher Respekt. Dass in der Schweiz trotzdem im Zusammenhang mit dem Islam stets über Symbole diskutiert werde, sei mitunter die Schuld einer kleinen Minderheit - meist Schweizer Konvertiten - welche sich selbst zum Sprachrohr einer unpolitischen Mehrheit ernannt habe, diese Symboldiskussion gezielt befeuere und programmatisch «ins 8. Jahrhundert zurückkehren möchte».

Sie selbst, sagte Keller-Messahli, versuche dem auf dem einzigen Weg entgegenzuwirken, den sie als wirkungsvoll erachte: die Anpassung des Islam an die heutigen Umstände. «Den interreligiösen Dialog habe ich in Vergangenheit eher



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 49'725  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1  
Abo-Nr.: 1084726  
Seite: 18  
Fläche: 58'880 mm<sup>2</sup>

als enttäuschend erlebt», sagte sie. Stattdessen bedürfe es einer Aufklärung des Islams von innen heraus, wie sie das Christentum seit Jahrhunderten durchlaufe. «Weltweit sind Muslime derzeit daran, dies zu tun», sagte Keller-Messahli.

### Umstrittene Pfarrerröhne

Dass dem Christentum dieser Schritt in die Gegenwart bereits gelungen sei, bezweifelte hingegen Freidenker Köppli. Während den Schweizer Landeskirchen die Schäfchen davonliefen, seien weltweit eher erzkonservative Freikirchen und evangelische Strömungen auf dem Vormarsch. Die «ganz grosse Gefahr» sehe er aber in der Verbindung von Religion und Politik, welche umso verheerender wirke, wenn ein zweitausend Jahre altes Buch zitiert werde, das «im Kontext einer Hirtengesellschaft» geschrieben wurde und «unumstössliche Wahrheiten» verkünde.

Auch der Kanton Bern habe in der Frage zur Trennung von Kirche und Staat noch Nachholbedarf. So forderte Köppli Pfarrer Graf, als Befürworter von staatlich bezahlten Pfarrerröhnen, dazu auf, künftig freiwillig auf Staatsmittel zu verzichten. Gerade jetzt, wo bei psy-

chisch kranken Menschen gespart werden müsse, sei für die Kirchen eine sture Besitzstandswahrung mit «christlichen Werten» kaum mehr zu begründen.

Erstens bezahle jeder Steuerzahler auch Dinge, die er selbst nicht nutze, setzte Graf zu seiner Replik an. Zweitens seien die Landeskirchen nicht «irgendeine fremde Institution», sondern umfassten rund vier Fünftel der Kantonsbevölkerung, welche ebendieses Finanzierungssystem grossmehrheitlich unterstütze. Und schliesslich sei die Finanzierung von Pfarrerröhnen nicht nur eine Unterstützungsleistung für die sozialen Dienste der Kirchen, sondern auch ein Instrument für die Qualitätskontrolle. Das heutige System schaffe ein Maximum an Transparenz und garantiere, dass keine religiösen Eiferer die Seelsorge untergraben könnten. «Eigentlich sollte der Kanton insofern auch Imame ausbilden», sagte Graf.

Keller-Messahli stimmte dem zu und konnte zur Kenntnis nehmen, dass über den Abend hinweg für einmal deutlich kontroverser über das Christentum als über den Islam gestritten wurde.

*Das gesamte Gespräch als Video unter [www.gespraech.derbund.ch](http://www.gespraech.derbund.ch)*



Ausgabe Stadt+Region Bern

Berner Zeitung AG  
3001 Bern  
031/ 330 33 33  
www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 52'746  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1  
Abo-Nr.: 1084726  
Seite: 12  
Fläche: 169'907 mm<sup>2</sup>

## «Wir bauten prozentual mehr Stellen ab, als die Kirche Mitglieder verlor»

**MONTAGSINTERVIEW** Die Kirche soll mehr beitragen zum Sparpaket im Kanton Bern. Synodalratspräsident Andreas Zeller erläutert die Konsequenzen. Er verteidigt zudem die Rolle der Kirche in der hitzigen Migrationsdebatte. Es sei an der Kirche, den Schwachen beizustehen.

**Der Kanton Bern muss empfindlich sparen, die Kirche aber kommt ungeschoren davon. Ist das in Ordnung?**

*Andreas Zeller:* Die Landeskirchen kommen laut dem Vorschlag des Regierungsrates dieses Mal ungeschoren davon, weil sie bisher alle Sparrunden solidarisch mitgetragen haben: In den letzten 20 Jahren wurden 45 Pfarrstellen abgebaut; das ist prozentual mehr, als wir Mitglieder verloren haben.

**Nun erhöht die Finanzkommission den Druck auf die Kirche. Was sagen Sie dazu?**

Der eingeschlagene Weg gefällt uns nicht. Die beantragten Kürzungen würden eine Vielzahl von Kirchgemeinden treffen, indem die Pensen der Pfarrstellen gekürzt würden. Dadurch wären auch Aufgaben gefährdet, welche für das Gemeindeleben von grosser Bedeutung sind. Es wird oft vergessen, dass die Kirche eine der grössten Freiwilligenorganisationen ist. Doch die Freiwilligen brauchen eine professionelle Begleitung. Wir befürchten deshalb, dass mit der Reduktion von Pfarrstellen auch ein Teil der Freiwilligenarbeit zugunsten einer breiten Öffentlichkeit ge-

fährdet ist.

**Die Regierung prüft, ob und mit welchen Konsequenzen sich der Staat aus der Finanzierungspflicht für die Pfarrerlöhne lösen könnte. Doch sie befürchtet, dass die Kirche dann klagen würde. Zu Recht?**

Wir gehen aufgrund von aktuellen Gutachten und wissenschaftlichen Arbeiten davon aus, dass die Kirche rechtlich Anspruch auf staatliche Unterstützung hat. Der Staat hat 1804 die Kirchengüter übernommen und sich im Gegenzug verpflichtet, dessen Erträge für die Besoldung der Geistlichen einzusetzen. Wenn der Kanton nun Änderungen anstrebt, sind Form und Höhe der Entschädigung Gegenstand von Verhandlungen.

**Das heisst, wenn man sich findet, klagen Sie nicht?**

Wir warten nun auf den Bericht, den die Regierung in Auftrag gegeben hat, und entscheiden dann, wie es weitergeht.

**Zwar ist Bern mittlerweile der einzige Kanton, der die Pfarrerlöhne direkt bezahlt. Aber es muss ja nicht gleich ein Systemwechsel sein. Die Kirche könnte wenigstens ihre zig kleinen Kirchgemeinden fusionieren.**

Kirchgemeinden zu fusionieren, ist mindestens ebenso schwierig wie die Fusion politischer Gemeinden. Unser Kirchengebiet umfasst viele Randregionen. Gadmen könnte man zwar beispielsweise mit Guttannen fusionieren – allerdings liegt diese Gemeinde im Nachbartal. Ähnlich wie im Oberland sieht es im Em-

mental, im Berner Jura und zum Teil im Schwarzenburgerland aus.

**Heute hat jedes Pfarramt Anspruch auf mindestens 60 Stellenprozente. Liesse sich das ändern?**

Wenn wir das Pfarramt Gadmen mit weniger als den heutigen 60 Stellenprozenten ausstatten, wird es schwierig, jemanden zu finden, der davon leben kann und der bereit ist, dort hinzuziehen. Die Pfarrämter, die heute damit auskommen müssen, sind am

Anschlag. Mit dem Gottesdienst am Sonntag, dem kirchlichen Unterricht, der Altersarbeit, Seelsorgegesprächen und ab und an einer Abdankung sind die drei Tage aufgebraucht, und viel Arbeit ist gar noch nicht getan.

**Mancher Pfarrer predigt heute vor fast leeren Bänken. Haben Sie das auch schon erlebt?**

Wenn das geschehen wäre, dann wär ich heute nicht mehr Pfarrer. **Aber es gibt solche Situationen.**

Ich gebe Ihnen recht: Es gibt Gemeinden, in denen die Predigten schlecht besucht sind. Ob die Leute kommen oder nicht, hängt stark von der Beziehungsarbeit in der Gemeinde und vom Auftreten eines Pfarrers ab. Ich bin in meiner Funktion oft unterwegs

und erlebe volle Kirchen, das macht mir Mut.

**Wenn der Synodalratspräsident kommt, ist das wohl nicht mit einem normalen Gottesdienst zu vergleichen, oder?**

Meine Erfahrungen sind anders. In meinen 20 Jahren als Pfarrer in Münsingen hatte ich im



Schnitt in normalen Gottesdiensten mehr als 100 Besucherinnen und Besucher.

### **Pfarrer wenden 70 Prozent für kultische Belange auf. Müsste man heute nicht etwas anders gewichten?**

Die Bestrebungen gehen in eine andere Richtung. In Bern sollte der Gottesdienst wahrscheinlich nicht überall gleichzeitig beginnen. Es ist sicher besser, wenn er an einem Ort um halb zehn, am zweiten später und am dritten vielleicht sogar erst abends stattfindet. Wir wollen unser Angebot den Bedürfnissen anpassen.

### **Tatsächlich ist das Bedürfnis nach Spiritualität ja nicht weg. Doch die Leute gehen lieber zu einer evangelikalen Bewegung als in die Kirche. Ist der Zug für die Kirche abgefahren?**

Ich weiss nicht, woher Sie Ihr negatives Kirchenbild haben. Ich habe ein anderes. Gerade jetzt auf die Festtage hin bilden sich überall Chöre; es gibt Erwachsenenbildungskurse – in dieser Jahreszeit etwa zum Thema Krankheit, Tod, Sterben. Wenn ich die Kirchgemeindeblätter durchblättere, sehe ich ein dichtes Programm von Veranstaltungen. Es läuft viel.

### **Können Sie die Jungen noch abholen?**

Der kirchliche Unterricht läuft an vielen Orten sehr gut. Es finden Lager statt. Der Kinderchor am Münster wächst und wächst.

### **Wie sieht es bei den Teenagern und jungen Erwachsenen aus?**

Vor 40 Jahren, als ich in diesem Alter war, hatte man viel weniger Möglichkeiten. Ich wuchs in Ausserholligen in der Stadt Bern auf. Damals ging man am Donnerstagsabend in die junge Kirche, weil man da mit anderen Jungen zusammen sein konnte.

### **Und heute reist man nach Indien und wird Buddhist...**

Möglich, aber in einer grösseren

Lebenskrise wendet man sich dann doch wieder an eine hiesige Organisation.

### **Oder an den psychiatrischen Dienst des Kantons Bern?**

Zum Beispiel. Und doch: Als Pfarrer hatte ich diesbezüglich oft mit schmerzlichen Erlebnissen zu tun, zum Beispiel bei Drogen- oder Verkehrstoten. So stark man die Kirche kritisiert, so froh ist man dann plötzlich über Rituale und Räume, wo das Unausprechliche Platz hat und ein Pfarrer Gedanken formulieren kann, wenn man selber keine Worte mehr findet.

### **Doch der regelmässige Kontakt zur Kirche wird selten. Nach der Entfremdung folgt der Austritt.**

Die Abnahme ist weniger stark, als man immer sagt. Im Kanton Bern zählte die Reformierte Kirche im Jahr 2010 596'900 Mitglieder, das sind 7,5 Prozent weniger als 20 Jahre zuvor. Wir zählen dabei nur, wer die Kirchensteuer zahlt. In Neuenburg zum Beispiel ist das anders. Dort sind Kirche und Staat seit 70 Jahren total getrennt. Sie zählt laut der Kirchenleitung zwar 80'000 Reformierte, aber bloss 30'000 zahlen einen Mitgliederbeitrag.

### **Schon bald steht Weihnachten vor der Tür. Das hohe Fest der Kirche ist heute ein Familienfest mit Geschenken. Die Botschaft geht unter.**

Da bin ich mir nicht so sicher. In dieser Zeit der längsten Nächte vermischen sich alte germanische Rituale des Neuanfangs mit der Weihnachtsgeschichte, der Geburt Jesu. Das rührt die Seele der Menschen an.

### **Sie erreichen mit dieser Geschichte die Menschen noch?**

Das weiss ich aus meiner Zeit als

Pfarrer mit Gewissheit. Diese Weihnachtsgottesdienste vermisse ich heute. Denn an diesem Abend stehen die Gemeindepfarrer selber auf der Kanzel und nicht der Synodalarbeitspräsident.

### **Sie haben also frei. Wie feiern Sie Weihnachten?**

Wir lesen im Familienkreis die Weihnachtsgeschichte. Dann schaue ich gerne auch etwas über den Tellerrand und sehe mir Predigten im Fernsehen an oder gehe zur Predigt. Nach so vielen Jahren im Pfarramt habe ich das Kirchenjahr verinnerlicht und lebe mit. Dann gibt es eben nicht nur Weihnachten, sondern auch Ostern, Pfingsten oder Betttag.

### **Nehmen Sie sich im Alltag Zeit für Spiritualität?**

Ja. Es gibt Momente, in denen ich das brauche, das ist wie ein innerer Warnfinger, wenn etwas fehlt.

### **Was tun Sie dann?**

Musik kann mich in eine gewisse Spiritualität führen, ebenso das Lesen theologischer Literatur oder das Verfassen einer Predigt.

### **«In der Schweiz wird es enger und kälter», so titelt die aktuelle Ausgabe der evangelisch-reformierten Zeitung «Reformiert».**

### **Werden die Menschen intoleranter?**

Ich glaube schon, dass die Finanzkrise, der damit verbundene Druck auf die Arbeitswelt und der Zustrom von Asylsuchenden Angst machen. Die reformierte Landeskirche Bern hat eine grosse Tradition im Migrations- und Asylbereich. Wir versuchen Gegensteuer gegen diese Angst zu geben. Ich wage zu behaupten, dass dank der reformierten Landeskirche während Jahren der Dialog und nun das Haus der Religionen ermöglicht wurde. Wir pflegen auch den Austausch und



Ausgabe Stadt+Region Bern

Berner Zeitung AG  
3001 Bern  
031/ 330 33 33  
www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 52'746  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1  
Abo-Nr.: 1084726  
Seite: 12  
Fläche: 169'907 mm<sup>2</sup>

die Zusammenarbeit mit reformierten Christen in anderen Ländern. So waren kürzlich Vertreter einer reformierten Kirche

aus Ägypten zu Gast. Wir leisten über unsere Hilfswerke Entwicklungshilfe und engagieren uns in Zusammenarbeit mit dem Kanton stark in der Betreuung und Beratung von Asylsuchenden und Sans-Papiers.

**In der repräsentativen Umfrage von «Reformiert» wollen über 50 Prozent der Befragten die Zuwanderung beschränken. Erschreckt Sie dies?**

Wenn man als Kirche aufgibt, Nächstenliebe, Hilfe und Schutz für die Schwächsten zu verkünden, dann gibt man einen grossen Teil von sich selber auf. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Bei Abstimmungen wie der Minarett- oder der Zuwanderungsinitiative haben die Kirchen einen klaren Kurs. Aber je näher die Abstimmungen kommen, desto lauter treten die extremen politischen Pole auf. Die sanften Töne der Kirchen gehen unter.

**Reden Sie an Ihrer Basis vorbei?** Stellen Sie sich vor, wir würden sagen, dass man die Grenzen dicht machen soll. Ich denke, man gesteht uns zu, dass wir das Evangelium vertreten dürfen und müssen.

**In der Umfrage von «Reformiert» äusserte eine Mehrheit der Befragten auch Skepsis zur Integrationsfähigkeit des Islam.** Es ist die Aufgabe der Mehrheitsreligion, in einem Land mitzuhe-

fen, dass der Religionsfriede bestehen bleibt. Es ist also sicher nicht unsere Aufgabe, scharf zu machen. Ich verstehe aber die Ängste in der Bevölkerung, die täglich von Terroranschlägen oder von Frauenunterdrückung hört und liest. Wir haben durch die Zuwanderung aus dem ehemaligen Jugoslawien viele Muslime bei uns, die aber nichts mit den vorher geschilderten radikalen Formen des Islam zu tun haben. Unser Standpunkt ist klar: Integration braucht Zeit. Ich denke, es dauert noch eine Generation, bis sich der Islam so gut organisiert hat wie die katholische oder die reformierte Kirche mit klaren Ansprechpartnern und Verantwortlichkeiten.

**Der Migrationsdruck ist riesig, kann man all den Armen und Schwachen überhaupt helfen?**

Als Fünfjähriger habe ich in der Sonntagsschule ein kurzes Gebet gelernt, dessen Hauptaussage ist, dass Gott den Armen helfen soll. Es gibt Phänomene, mit denen wir überfordert sind, bei denen wir nur ein Gebet zum Himmel schicken können.

**Die Schweiz, Europa kann nicht alle Armen aufnehmen. Ist es nicht etwas naiv, abgewiesene Asylbewerber mit Rechtsberatung darin zu unterstützen, dass sie gegen den Entscheid Beschwerde führen?**

Wir bewegen uns durchaus auf dem Boden der Realität und des Rechtsstaats. Das zeigt nur schon, dass wir den Schweizerischen Evangelischen Kirchen-

bund darin unterstützten, dass er Ausschaffungsflüge begleitete. Sehen Sie, wir sind eine Volkskirche und das ganze politische Spektrum spiegelt sich in unserer Organisation. Wir haben in der Synode sechs Fraktionen, die den politischen Meinungen entsprechen. Bei uns kann sich jener, der sich für die Umwelt oder Soziales einsetzt, ebenso engagieren wie der Liberale, für den Eigenverantwortung zentral ist, oder jener, der sich intensiv mit dem Glauben beschäftigt. Diese Breite ist eine unserer Stärken, darauf sind wir stolz.

**Wo haben Sie selber schon Solidarität erlebt?**

Zum Beispiel als junger Pfarrer im freiburgischen Flamatt. Damals war das Verhältnis zwischen der katholischen Mehrheit und der reformierten Minderheit ein anderes, es war der Beginn des ökumenischen Frühlings. Die Hoffnung keimte auf, dass man aufeinanderzugehen kann. Ich pflegte starken, freundschaftlichen Kontakt mit fünf katholischen Pfarrern aus meinem Arbeitsgebiet, insbesondere mit dem Dekan von Flamatt. Als dieser gemeinsam mit vier katholischen Kollegen in einer Lawine ums Leben kam, hielt die reformierte Kirchgemeinde 24 Stunden Totenwache an seinem Sarg. Es ist für mich unvergessen, wie viele Menschen kamen und wie sehr diese Geste geschätzt wurde.

*Interview: Christoph Aebischer  
Andrea Sommer*

Datum: 04.11.2013

# BZ BERNER ZEITUNG



Ausgabe Stadt+Region Bern

Berner Zeitung AG  
3001 Bern  
031/ 330 33 33  
www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 52'746  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1  
Abo-Nr.: 1084726  
Seite: 12  
Fläche: 169'907 mm<sup>2</sup>



Die sanften Töne der Kirche gehen unter, wenn die Politik schrill die Migration thematisiert, stellt Synodalratspräsident Andreas Zeller fest.

Susanne Keller



«Stellen Sie sich vor, wir würden sagen, dass man die Grenzen dicht machen soll. Ich denke, man gesteht der Kirche zu, dass wir das Evangelium vertreten dürfen und müssen.»



**Der Abbau von Pfarrstellen** gefährde auch die wichtige Freiwilligenarbeit in der Kirche. Denn Freiwillige benötigen professionelle Begleitung. *Susanne Keller*



## ANDREAS ZELLER IM GESPRÄCH

Andreas Zeller nimmt sich Zeit, anhand der an der Wand aufgehängten, ehemaligen Logos der Reformierten Kirche Bern-Jura-Solothurn den Wandel des kirchlichen Selbstverständnisses zu veranschaulichen. **Vor 40 Jahren verkörperte noch der Berner Bär die Staatskirche. Heute steht der Mensch im Zentrum des Logos der mitgliederstärksten Kirche der Schweiz.** Dann setzt er sich an den grossen Tisch im Synodalsatzzimmer des Hauses der Kirche an der Aare in Bern. Der 58-jährige Zeller ist seit sechs Jahren Synodalsratspräsident, also Vorsteher des obersten ausführenden Organs. **Er stellt sich zwar den Fragen zur Zukunft der Kirche, der die Mitglieder abhandeln kommen,** und ob die Kirche nicht den Gürtel enger schnallen sollte angesichts des Sparpakets des Kantons. **Zeller holt aber in seinen Antworten weit aus und bleibt oft vage.** Viel zu ändern

gibt es seiner Ansicht nach nicht. Dass er 20 Jahre als Pfarrer in Münsingen und davor in Flamatt predigte, drückt durch, wenn er mit Engagement erzählt, wo die Kirche lebendig ist und was sie der Gesellschaft alles zurückgibt.

**Beim heiklen Thema Migration und der Rolle der Kirche wirkt er zunehmend aufgewühlt, gerät ins Schleudern und reagiert auf kritisches Nachhaken dünnhäutig und irritiert.** Dass die Zeitung «Reformiert» in ihrer aktuellen Ausgabe die Kluft zwischen kirchlich gepredigter Solidarität und der zunehmend kritischen öffentlichen Meinung zur Zuwanderung thematisiert, scheint ihm unangenehm. Ebenso das Resultat der repräsentativen Umfrage; 52 Prozent der Befragten wollen die Zuwanderung beschränken. **Zeller räumt eine gewisse Ratlosigkeit ein. Die Aufgabe der Kirche sei, sich für Schwache einzusetzen.** cab/as



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 49'725  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1  
Abo-Nr.: 1084726  
Seite: 25  
Fläche: 41'008 mm<sup>2</sup>

## «Kein Rappen an den Papst»

Die Berner Katholiken scheinen unter Rechtfertigungszwang zu stehen. Gestern erklärten sie - mit Blick auf den Bischof von Limburg -, wofür sie ihr Geld ausgeben.



Kerzen anzünden und spenden: Kirchen leben nicht von Steuereinnahmen allein. Foto: Franziska Scheidegger

### Dölf Barben

«Was macht die katholische Kirche Region Bern mit ihrem Geld? Wofür engagiert sie sich?» So lautete die Überschrift einer Pressekonferenz der Römisch-katholische Gesamtkirchengemeinde Bern und Umgebung (GKG). Ludwig Spirig, Leiter der Kommunikationsstelle, brachte den Grund für die Einladung bildhaft zum Ausdruck: Die Grosswetterlage sei geprägt von einem Tief im Norden und einem Hoch im Süden. Der Skandal um den Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst - er hat für den neuen Wohn- und Amtssitz etwas gar viel Geld ausgegeben - bringe Kaltluft nach Bern. Das Hoch

Franziskus jedoch - damit spielte Spirig auf den neuen Papst an, der verblüffende Akzente setzt - habe Rückenwind zur Folge. Vor diesem Hintergrund sei es den Berner Katholiken «sehr wichtig», darüber zu informieren, was mit den Steuergeldern passiere.

Die Gesamtkirchengemeinde besteht aus zwölf Kirchgemeinden - von Köniz bis Konolfingen - mit rund 62'000 Mitgliedern. Als Präsident des Kleinen Kirchenrates (Exekutive) sei es ihm ein grosses Anliegen, Klarheit zu schaffen, sagte Anton B. Zaugg. Die Finanz- und Vermögensverhältnisse seien «völlig transparent». Alle Liegenschaften und Einrichtungen ge-

hörten «letztlich den Kirchenmitgliedern». Dies gehe zurück auf das Konkordat zwischen Papst und Staat Bern - «und das ist gut so - von den Kirchensteuern geht kein Rappen an den Papst».

Rolf Frei, Leiter der GKG-Verwaltung, sagte, für die Finanzen seien einzig die staatskirchenrechtlichen Gremien verantwortlich. Der GKG stünden rund 27 Millionen Franken Erträge zur Verfügung - Steuereinnahmen machen rund 23 Millionen aus. «Direkt an das Bistum oder den Papst fliessen von der Gesamtkirchengemeinde keine Mittel.»

### «Nahe bei den Menschen»

Wichtig: Die katholische Kirche



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 49'725  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1  
Abo-Nr.: 1084726  
Seite: 25  
Fläche: 41'008 mm<sup>2</sup>

besteht hierzulande - genauso wie die reformierte Kirche - aus einer staatskirchenrechtlichen Seite (Kirchgemeinden, Landeskirche). Bei ihr gibt es aber noch eine Parallelstruktur mit eigenem Recht: Von den Pfarreien geht die Linie über das Dekanat hinauf zum Bistum mit dem Bischof und von dort zum Papst.

Gestern sassen im Verwaltungsgebäude am Frobergweg in der Berner Länggasse auch zwei Vertreter dieser Seite am Tisch: Bernhard Waldmüller, Leiter des Dekanats Region Bern, und die Dekanatsbeauftragte Barbara Kückelmann. Waldmüller wies auf eine breite Palette von Angeboten hin - von Gottesdiensten über Kurse bis hin zum sozialen Engagement: «Mit dem Geld aus Steuern und aus Spenden können wir sehr nahe bei den Menschen sein.»

Kückelmann hob die regionalen Angebote hervor, «in die einiges von unserem Geld fliesst». Sie seien nicht nur für Menschen gedacht, die Hilfe suchten, sondern ebenso für jene, die sich engagieren möchten - auch ausserhalb der eigenen Pfarrei und des traditionellen kirchlichen Rahmens. Eines der Projekte vermittelt Freiwillige an Menschen in schwierigen Lebenslagen.

### Begrenzte Bischofstreue

Also kein Rappen an den Papst? Ganz so einfach ist es offenbar doch nicht: Die Gesamtkirchgemeinde Bern leitet aus ihren Steuereinnahmen zwei Millionen Franken an die Römisch-katholische Landeskirche des Kantons Bern weiter. Diese wiederum bezahlt an die Aufgaben des Bistums 470 000 Franken. In Anbetracht ihre Grösse steuert die GKG Bern indirekt rund 230 000

Franken an diesen Betrag bei. Ob der Bischof von diesem Geld seinerseits einen Anteil nach Rom leitet, konnte gestern niemand beantworten. «Das weiss ich nicht», sagte Anton B. Zaugg.

Nebst den Steuern gibt es eine weitere Geldquelle für die Kirchen: Kollekten und Spenden. Dazu zählen auch die Kerzenspenden - jemand entzündet in einer Kirche eine Kerze und wirft dafür Geld in einen Opferstock. Über Kollekten und Spenden kommen jährlich über 900 000 Franken zusammen. Auch diese Einnahmen würden sauber abgerechnet, hiess es gestern. Interessant dabei ist, dass die regelmässig durchgeführten Kollekten für Papst und Bischof nicht die grossen Renner sind. Verglichen mit Kollekten für Hilfswerke fallen sie jeweils recht dürftig aus.



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 49'725  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1  
Abo-Nr.: 1084726  
Seite: 23  
Fläche: 76'857 mm<sup>2</sup>

## «Schwergewichtige» Korrekturen

Die Finanzkommission des Kantonsparlaments verschont Behinderte und Alte vor Sparopfern. Dafür trifft es andere: Schulkinder, Psychatriepatienten, Prämienzahler, Pfarrer - und auch Regierungsräte.



Leere Staatskasse, volle Schulzimmer: Die Schulkinder sollen aus Spargründen zusammenrücken. Foto: Marcel Bieri (Archivbild)

### Dölf Barben

Die Mitglieder der Finanzkommission (Fiko) des Grossen Rates haben sich tief über das Sparpaket des Regierungsrats gebeugt. Gestern präsentierten drei von ihnen das Ergebnis ihrer Arbeit: Die Sparmassnahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP), mit der die Staatskasse jährlich um gegen 500 Millionen Franken entlastet werden soll, werden von der Fiko weitgehend als «tauglich» erachtet. Drei «Schwergewichtskorrekturen» hat diese jedoch vorgenommen, wie

Kommissionsmitglied Mathias Tromp (BDP) es ausdrückte: Im Alters- und Behindertenbereich sollen zwei Regierungsmassnahmen nicht umgesetzt werden, bei der Spitex wird eine herausgebrochen. Der «Preis» dieser Korrekturen: 32,9 Millionen Franken.

Damit hat die Fiko dort Veränderungen vorgenommen, wo der Protest am lautesten war und wo eine Reaktion erwartet wurde («Bund» vom Samstag). Über 15 Millionen bei den erwachsenen Behinderten einzusparen, sei «nicht verantwortlich», sagte Tromp, ebenso wie eine Kürzung der Betriebs- und Infra-

strukturbeiträge bei Heimen.

### Fiko mit eigenen Vorschlägen

Im Gegenzug hat die Fiko Ersatzmassnahmen ins Paket gepackt - jedoch nur im «Wert» von 27,9 Millionen Franken (siehe Tabelle). Der Überschuss im Budget 2014, der bisher bei 6 Millionen liegt, reduziert sich damit auf eine Million Franken. Die wichtigsten Massnahmen sind:

- Psychiatrie: Ein Klinikaufenthalt wird dann nicht mehr mitfinanziert, wenn eine Person nicht «spitalbedürftig» ist.
- Volksschule: Die durchschnittliche Zahl der Kinder in Klassen soll sich von



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 49'725  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1  
Abo-Nr.: 1084726  
Seite: 23  
Fläche: 76'857 mm<sup>2</sup>

19,2 auf 19,7 erhöhen (Artikel unten).

● Krankenkassen: Bei den Prämienverbilligungen sieht die Fiko zusätzliche Einsparungen vor. Zu jenen des Regierungsrats (20, später 30 Millionen) kommen gut 4 Millionen Franken dazu. Nach wie vor könne jeder fünfte Berner auf Verbilligungen zählen, sagte Tromp.

Bisher sahen die ASP-Spielregeln so aus: Jede Massnahme, die der Grosse Rat aus dem regierungsrätlichen Sparpaket lösen will, muss er durch eine andere aus dem sogenannten Topf 2 ersetzen. In diesem Topf, der schon als Giftschrank bezeichnet wurde, befinden sich Massnahmen, die der Regierungsrat prüfte und als politisch unverantwortbar einstufte. Die Fiko hat sich nun nicht ganz an diese Regel gehalten, wie Kommissionspräsident Jürg Iseli (SVP) sagte. Sie habe selber eine politische Beurteilung vorgenommen und schlage auch neue Massnahmen vor. Am brisantesten sind die 2 Millionen Franken, die bei den Pfarrerlöhnen weggeknipst werden. Diese Löhne bezahlt der Kanton (rund 70 Millionen). Man sei sich des traditionellen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche im Kanton Bern bewusst, sagte Tromp, «aber einfach die Kirchen vom

Sparen ausklammern, das geht nicht».

## Egger, Käser müssen nachbessern

Bemerkenswert ist zudem, wie die Fiko der Baudirektion von Regierungsrätin Barbara Egger eine Spezialsparrunde von über 6 Millionen Franken verpasst - bei den Liegenschaften und beim Direktionssaldo. Die Begründung lautet lapidar, ihre Direktion habe vergleichsweise wenig zur ASP beigetragen. Barbara Egger ist darüber alles andere als erfreut: Dies sei ein Abbau von mehr als 20 Prozent in der laufenden Rechnung. Eine solche Kürzung habe nichts mehr mit der ASP zu tun. Für sie sei das unverständlich, sagte sie auf Anfrage, «sehr willkürlich und nicht seriös». Genauso schlimm seien die Massnahmen bei den Investitionen (ausserhalb der ASP) - die Fiko beantragt eine Kürzung von 640 auf 610 Millionen. Dies sei aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht mehr verantwortbar.

Pikant ist auch, wie die Fiko mit den Vorschlägen des Polizeidirektors umgeht: Hans-Jürg Käser hatte als alleinige Massnahme den Abbau von 100 Polizeistellen angeboten. Nun verlangt die Fiko, am Sparvolumen von knapp 13 Millionen Franken sei festzuhalten, es gehe

aber nicht an, allein bei den Polizisten zu sparen. Zumal es bei diesem Abbau eigentlich «nur» um 16 Stellen gehe, da er mit dem geplanten Ausbau verrechnet werde. Die Fiko verknurrt Käser nun dazu, auch die übrigen Ämter der Direktion ins Sparen einzubeziehen.

## Minderheit blieb chancenlos

Die Anträge der Fiko werden in der bevorstehenden Grossratssession behandelt. Da die Kommission von der Zusammensetzung her ein Abbild des Parlaments darstellt, kommen sie wahrscheinlich durch. Daran dürfte auch die Haltung der rot-grünen Kommissionsminderheit nicht viel ändern. Diese wurde von Béatrice Stucki (SP) vertreten. Die Fiko-Minderheit - vorab SP und Grüne - lehne die Mehrzahl der Massnahmen ab, weil sie vorab auf die Kernbereiche der Linken zielten. Dass die ASP fast nur auf der Ausgabenseite ansetze, sei nicht nur störend, «sondern schlicht falsch». Die Steuersenkungen der bürgerlichen Grossratsmehrheit hätten massgeblich zum strukturellen Defizit beigetragen. Die Fiko-Minderheit favorisiere deshalb eine «zeitlich befristete» Steuererhöhung.

## Kommentar

Dölf Barben

# Wer lautstark protestierte, hat gewonnen

Den ganzen Sommer über sorgte es für Gesprächsstoff. Nun hat das 500-Millionen-Sparpaket namens Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) seine endgültige Form vor der Beratung im Grossen Rat angenommen. Was sich da präsentiert, erstaunt nicht sonderlich: Zum einen ist es kein Herzenspaket des rot-grünen Regierungsrats. Dieser war durch den bürgerlichen Grossen Rat über mehrere Jahre hinweg zunehmend in die Defensive gedrängt worden und

konnte - aufgrund von Steuersenkungen und mehreren negativen Faktoren - nicht mehr umhin, umfangreiche Sparmassnahmen vorzulegen. Dabei ging er aber extrem technokratisch vor und orientierte sich fast ausschliesslich an den Durchschnittswerten der anderen Kantone. Strategisches Sparen, das sich an rot-grünen Prioritäten orientiert hätte, wäre sowieso chancenlos geblieben.

Wie eine Ironie des Schicksals mutet es jetzt an, wenn die von den bürgerlichen Parteien dominierte Finanzkom-

mission Sparmassnahmen ausgerechnet im Behindertenbereich und bei der Spitex rückgängig macht. Es ist, als ob der Regierungsrat von einer Position zurückgepfiffen würde, auf die er sich von sich aus niemals begeben hätte.

Unschön an der ganzen Geschichte ist aber, dass nun vor allem in jenen Bereichen Korrekturen angebracht werden, aus denen die kräftigsten Proteste zu vernehmen waren. Auf der Strecke bleiben dabei zuerst jene Bürgerinnen und Bürger, die über



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
www.derbund.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 49'725  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.1  
Abo-Nr.: 1084726  
Seite: 23  
Fläche: 76'857 mm<sup>2</sup>

keine lautstarke Lobby verfügen. Zum Beispiel all jene, die bisher von Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen profitierten. Dabei handelt es sich um Tausende von Bernerinnen und Bernern, die künftig zum Teil mehrere Hundert Franken pro Monat mehr bezahlen müssen.

Schliesslich darf eines nicht unterschätzt werden: Das ASP-Paket dürfte mehrere Massnahmen enthalten, bei denen sich erst mit der Zeit zeigen wird, welche Tragweite sie tatsächlich

haben. Die Einsparung bei den Pfarrerröhnen etwa befeuert eine sehr schwierige Grundsatzdiskussion, die eben erst begonnen hat.

### Was die Fiko änderte

Raus aus dem Sparpaket	Mio. Fr.
Kürzung der Beiträge an Heime für erwachsene Behinderte	12,7
Ergänzungsleistungen: Reduktion der Tarife an die Infrastrukturkosten von Heimen	15,0
Kürzung pflegerische Leistungen Spitex	5,2

**Total 32,9**

### Rein ins Sparpaket

Psychiatrie: keine Mitfinanzierung Aufenthalt nicht spitalbedürftiger Personen	6,6
Weiteres Sparen bei Prämienverbilligung	4,3
Grössere Schulklassen	4,5
Keine Beiträge an Neue Mittelschule Bern	0,5
Kürzung bei den Pfarrerröhnen	2,0
Kürzung Betrieb der Liegenschaften	3,3
Kürzung Saldo Direktion Egger	3,3
Tiefere Beteiligung Langzeitpflege	3,4

**Total 27,9**